

**Omid Nouripour**

(A) *wussten den europäischen Geist und viele Europäerinnen und Europäer in ihren Bemühungen um einen freien, toleranten und demokratischen Staat auf ihrer Seite. Ein Europäer, Alexis de Tocqueville, hat diesem Streben mit seinem Buch „De la démocratie en Amérique“ das vielleicht schönste Denkmal gesetzt.*

*Diese Solidarität war nicht nur eine des Worts, sondern auch eine der Tat. Amerika bot zuerst Millionen europäischer Auswanderer eine neue Heimat und später Zehntausenden Verfolgten des Naziregimes und anderer europäischer Diktaturen und rettete ihre Leben.*

*Seitdem Europa, nicht zuletzt durch die Hilfe der USA, aus dem deutschen Albtraum des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust aufgewacht ist, stehen die europäischen Demokratien und die USA in der Welt gemeinsam für Freiheit und Menschenrechte. Das gilt trotz aller Widersprüche, die die reale Politik beider Seiten immer wieder ausgezeichnet haben: Demokratien müssen zusammenhalten!*

*Diese Feststellung allein ist aber kein Garant dafür, dass das transatlantische Bündnis in Zeiten einer multipolaren Weltordnung noch sein ganzes Potenzial entfalten kann. Beide Seiten müssen sich immer wieder darauf besinnen, wie sie dazu beitragen können. Die Europäer haben dabei die größeren Hausaufgaben zu erledigen. Wir müssen uns nur daran erinnern, dass vor kaum 20 Jahren auf unserem eigenen Kontinent, auf dem Balkan, ein blutiges Jahrzehnt ethnischer Konflikte und Massaker begann, das wir ohne das Eingreifen der USA kaum hätten beenden können.*

(B) *Auch die Amerikaner brauchen uns. Für viele Menschen, die heute überall auf der Welt nach Demokratie streben, sind wir Europäer ein glaubwürdiger Gesprächspartner. Wir müssen daher gemeinsam mit den USA an einer Außenpolitik arbeiten, in der die transatlantischen Partner als glaubwürdige Vertreter ihrer hehren Werte in der Welt auftreten können.*

*Eine Voraussetzung dafür sind funktionsfähige europäische Institutionen und ein Bewusstsein für gemeinsame strategische Ziele in der Europäischen Union. Wir sind für den Erhalt und die Förderung von Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent selbst zuständig. Heute sollten wir unseren Nachbarn zur Hilfe kommen – wir, die wir dieselbe Hilfe von den USA bekommen haben. Ein zentraler Baustein dafür ist die Überwindung der nicht mehr haltbaren Aufgabenteilung in sogenannte Soft- und Hardpower. Ein selbstbewusstes Europa, das so erwächst, ist für die USA ein unverzichtbarer Partner und kann auch einer Polarisierung in einer neuen G 2 – USA und China – entgegenwirken, wie es das Gutachten der Friedensforschungsinstitute diese Woche skizziert hat.*

*Wir begrüßen daher den Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich. Wir unterstützen das Ansinnen des Burden Sharing und auch die Betonung des kulturellen, politischen und akademischen Austauschs.*

*Aus dem Ansatz des Burden Sharing sollte aber gerade bei den teuren Aufgaben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zeiten der dringend nötigen*

(C) *Haushaltsdisziplin eine gesteigerte Effizienz bei den Ausgaben folgen. Ein gemeinsames Raketenabwehrsystem passt nicht in diesen Rahmen. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen kann nicht gegen, sondern nur mit Russland gestaltet werden.*

*Aus der gemeinsamen Geschichte der USA und Europas als der ältesten Industrieländer der Erde folgt auch eine gesteigerte Verantwortung für die Folgen dieser wirtschaftlichen Vorreiterrolle. Gemeinsam müssen wir Vorreiter einer wirksamen Umwelt- und Klimapolitik sein. Das geht nur, indem wir gemeinsam die Initiative ergreifen und mit gutem Beispiel vorangehen. Dass dies auch für unsere vielerorts lahmende Wirtschaft ein Segen sein kann, bedarf keines Beweises mehr. Damit könnten wir gemeinsam gleich zwei grundlegende Probleme in unseren Ländern wirksam angehen.*

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9728 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist das auch so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Notfonds für tierhaltende Betriebe einrichten**

– Drucksache 17/9580 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die **Reden zu Protokoll** genommen. Die Namen der Kolleginnen und Kollegen liegen hier vor.

**Dieter Stier (CDU/CSU):**

*Kernforderung des vorliegenden Antrags der Fraktion Die Linke ist die Einrichtung eines Notfonds in Höhe von 10 Millionen Euro für die Tierhalter, deren Tierbestände von Tiererkrankungen betroffen sind und die nicht unter das Entschädigungsregime der Tierseuchenkassen der Länder fallen. Dazu gehören alle diejenigen Krankheiten, die noch nicht identifiziert sind und somit amtlich nicht als Tierseuchen anerkannt sind. Erst wenn eine Krankheit international als Tierseuche anerkannt ist, haben die Tierhalter in der Regel Ansprüche auf Entschädigungen gegen die Tierseuchenkasse.*

*Diese 10 Millionen Euro sollen auf Wunsch der Linksfraktion bereits in den nächsten Bundeshaushalt 2013 eingestellt werden, und dieser Haushaltstitel soll in den Folgehaushalten bedarfsgerecht angepasst werden.*

*Einem solchen Notfonds stehe ich gemeinsam mit meinen Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr kritisch gegenüber. Diese staatlich finanzierte Fondslösung kommt einer Sozialisierung von wirtschaftlichen Verlusten einzelner Tierhalter gleich. Natürlich*

Dieter Stier

- (A) *ist es bedauerlich, wenn ein Betrieb Verluste erleidet, aber dieses unternehmerische Risiko tragen letztlich alle produzierenden Betriebe in Deutschland – nicht nur die Tierhalter. Es steht letztlich auch jedem Betrieb frei, sich gegen eventuell auftretende Schäden zu versichern. Somit haben bereits die Tierhalter in vielen Fällen die Möglichkeit, sich individuell gegen Tierverluste durch Krankheit oder Seuchen privatrechtlich zu versichern. Es ist nach unserer Meinung nicht einzusehen, warum die Allgemeinheit das unternehmerische Risiko dieser einzelnen Betriebsparte abdecken soll.*

*Zudem stellt sich die Frage, ob der Notfonds vor der WTO – World Trade Organization – überhaupt rechtlich durchsetzbar wäre, denn grundsätzlich sind für die Entschädigungen von Tierseuchen die Länder zuständig. Ein entsprechender Fonds müsste deshalb bei den Tierseuchenkassen der Länder angesiedelt sein, nicht beim Bund.*

*Natürlich gibt es immer Härtefälle, wie im Falle des Anfang dieses Jahres aufgetretenen Schmallenberg-Virus oder beim chronischen Botulismus. Bereits jetzt ist erkennbar, dass trotz der EU-weit koordinierten Forschungsaktivitäten der Forschungsverbände zum Schmallenberg-Virus in nächster Zeit noch kein fertig entwickelter, validierter und zugelassener Impfstoff verfügbar sein wird. Es ist erst jetzt gelungen, den Erreger sichtbar zu machen. An der Entwicklung des Impfstoffs arbeiten zusätzlich zu den Forschungsinstituten auch einige Pharmaunternehmen mit Hochdruck.*

- (B) *Zwar ist der Ausbruch der Krankheit für die Betroffenen bedauerlich, dennoch sollte im Hinblick auf den von den Linken vorgeschlagenen Notfonds die Relation gewahrt bleiben. Wenn man bedenkt, dass die Rinderbestände in Deutschland in einer Größenordnung von 12,5 Millionen Tieren liegen und die Schafbestände bei 1,65 Millionen, so ist ein Verlust in Höhe von aktuell 1 474 Tieren durch das Auftreten des Schmallenberg-Virus sehr minimal und rechtfertigt nicht die Errichtung eines Notfonds in Millionenhöhe.*

*Wir Agrarpolitiker der Union präferieren vielmehr eine individuelle Risikovorsorge der tierhaltenden Betriebe in Form einer steuerlich begünstigten Risikoausgleichsrücklage. Dies wäre ein steuerlicher Anreiz für die Tierhalter, eine betriebliche Rücklage für den Fall der Fälle zu bilden.*

*Wir kennen es doch zur Genüge: Die Politiker der Linken rufen bei jeder Gelegenheit den Staat um Hilfe an und fordern großzügige staatliche Unterstützung. Der Bund wird es schon richten. – Wer soll es denn bezahlen?*

*Diese Grundhaltung der Linken, wenn es ums Verteilen von Steuergeldern geht, lehne ich ab. Vielmehr setze ich auf die Eigenverantwortung der Tierhalter und auf eine vernünftige Risikokalkulation der Inhaber bei der Betriebsführung.*

**Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):**

*Der Antrag der Fraktion Die Linke greift ein wichtiges Anliegen unserer tierhaltenden Betriebe auf. Seit ei-*

- nigen Jahren beobachten wir die Ausbreitung von bisher in Europa unbekanntem Tierseuchen. Diese haben zum Teil verheerende Folgen und bedrohen die Existenz der betroffenen Betriebe. Der Schmallenberg-Virus und die Blauzungenkrankheit stehen nach meiner Einschätzung beispielhaft für weitere Erkrankungen, mit denen wir uns in Zukunft auseinandersetzen müssen.* (C)

*Vor allem der globale Handel ist heute das Einfallstor für bisher noch unerkannte Tierseuchen. Der fortschreitende Klimawandel stellt ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. In den gemäßigten Zonen schafft er die Voraussetzung für die Verbreitung bisher unbekannter Insekten und Viren. Das Gefährdungspotenzial für die tierhaltenden Betriebe vergrößert sich dadurch erheblich. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.*

*Neben den Entschädigungszahlungen für die betroffenen Betriebe rückt auch der nicht unerhebliche Forschungsaufwand in den Fokus. Die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Gegenmaßnahmen kann nur dann erfolgreich sein, wenn Überträger und Vektoren zweifelsfrei und schnell identifiziert werden. Hier müssen wir entsprechende Forschungskapazitäten in den dafür zuständigen Institutionen finanziell absichern.*

*Nach meiner Auffassung hat sich das bisherige System unserer Tierseuchenkassen hervorragend bewährt. Jeder Tierhalter kann die nicht über Tierseuchenkassen abgesicherten Risiken individuell über Versicherungen abdecken. Aus heutiger Sicht ist dieses System aber nur bedingt für die zukünftige Herausforderung gewappnet. Wir müssen nun schauen, wie wir dieses System zukunftstauglich gestalten.* (D)

*Am Beispiel des Schmallenberg-Virus zeigt sich das gegenwärtige Dilemma der Betriebe: Diese Viruserkrankung ist nach der Tierseuchenkasse eine nicht anerkannte Tierseuche, da sie durch Vektoren und nicht von Tier zu Tier übertragen wird. Zwar hat der Bundesrat am 30. März 2012 einer Änderung der Verordnung über die meldepflichtigen Tierkrankheiten zugestimmt und die Meldepflicht für das Schmallenberg-Virus eingeführt; eine Rechtsgrundlage für Entschädigungen der betroffenen Tierhalter gibt es aber nicht. Das ist für die Tierhalter mehr als unbefriedigend.*

*Wir sollten darüber nachdenken, wie wir angesichts dieser neuen Herausforderung die Tierseuchenkasse und die Beihilfegewährung reformieren. Das bewährte Risikovorsorgesystem, das wir über Jahrzehnte aufgebaut haben, muss flexibler ausgestaltet werden.*

*Wir sollten auch darüber diskutieren, wie wir das Verfahren zur Anerkennung von Tierseuchen verbessern können. Gleichzeitig müssen wir Regelungen finden, die kleine Betriebe entlasten, ohne große Betriebe zu benachteiligen.*

*Wir sollten darauf achten, dass wir die finanzielle Leistungsfähigkeit der Tierseuchenkassen nicht überstrapazieren. Bei Seuchenzügen, die viele Tausend Betriebe betreffen, kommen schnell immense Schadenssummen zusammen. Diese kann das System der Tierseuchenkassen dann nicht mehr alleine aus eigenen Reserven tragen.*

**Dr. Wilhelm Priesmeier**

- (A) *Hier kommen die Kofinanzierungsoptionen der EU zum Tragen. Ich bin froh, dass EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos in seinem Vorschlag für eine neue ELER-VO ab 2014 mehrere Optionen ausgearbeitet hat, anhand derer die EU-Mitgliedstaaten das betriebseigene Risikomanagement sowie Maßnahmen zur Krisenbewältigung im Seuchenfall mit Mitteln der EU kofinanzieren können. Diese Optionen prüfen wir gegenwärtig in enger Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament. Wir werden EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos und dem Agrarausschuss des EP zeitnah eine entsprechende Stellungnahme zukommen lassen.*

*Wenn wir es schaffen, das erprobte System der Tierseuchenkasse zu reformieren und dessen Handlungsrahmen für die neue Herausforderung auszuweiten, brauchen wir kein zusätzliches Instrument in Form eines Notfonds.*

**Rainer Erdel (FDP):**

- Ich freue mich über diesen Antrag, der die Chance bietet, über ein tatsächlich vorhandenes Problem zu diskutieren. Es ist richtig: Tierseuchen können Betriebe unverschuldet in existenzielle Notlagen bringen. Dies gilt besonders bei neuen Tierkrankheiten wie dem sogenannten Schmallenberg-Virus. Hier gibt es eine Absicherungslücke, da die Tierseuchenkassen nur bei anerkannten Tierseuchen entschädigen. Die Identifikation, Analyse und amtliche Anerkennung von neuen, bislang unbekanntem Seuchen ist aber zeitaufwendig. Tierhalter haben also im schlimmsten Fall erhebliche Verluste und müssen lange auf Entschädigungszahlungen warten. Dies stellt für die Tierhalter ein Problem dar, und es ist grundsätzlich richtig, zu überlegen, wie man es lösen kann.*
- (B)

*Etwas überrascht hat mich allerdings doch, dass in dem Antrag der Linken die sogenannte Faktorenkrankung bei Rindern wieder auftaucht, und dies sogar in einem völlig spekulativen Zusammenhang mit dem Clostridium botulinum. Dies ist schon deshalb falsch, weil diese Faktorenkrankung eindeutig keine Tierseuche ist. Stattdessen handelt es sich um einzelbetriebliche Krankheitsfälle mit sehr diffusem Krankheitsbild. Wir haben dieses Thema im Ausschuss ausführlich behandelt. Die geladenen Sachverständigen haben sehr deutlich festgestellt, dass in auffällig vielen Fällen, in denen von dieser Krankheit berichtet wurde, mangelhafte Management-, Haltungs- und Fütterungsbedingungen festzustellen waren. Die Tierseuchenkassen sollten auch künftig keine Tierkrankenkassen werden, und sie sind schon gar nicht dazu da, Tierverluste durch schlechtes Betriebsmanagement und Hygienedefizite auszugleichen. Für einen Zusammenhang zwischen den Verdachtsfällen auf eine multifaktorielle Erkrankung von Rindern und dem Clostridium botulinum fehlen auch weiterhin jegliche belastbaren Hinweise. Ich bitte daher doch sehr darum, keine haltlosen Spekulationen in Drucksachen des Deutschen Bundestages hineinzuschreiben.*

- Der Antrag der Linken möchte eine zusätzliche Institution schaffen, die mit Haushaltsmitteln in Höhe von 10 Millionen Euro bei akuten, aber noch nicht amtlich anerkannten Tierseuchen hilft. Ich weiß nicht, wie die Linke auf diese 10 Millionen Euro kommt; es ist aber auch nicht so wichtig, denn ich halte einen anderen Weg grundsätzlich für geeigneter.*
- (C)

*Ich hielte es für sinnvoll, dass die Tierseuchenkassen künftig in Fällen wie jetzt mit dem Schmallenberg-Virus Überbrückungskredite in Höhe der Entschädigung an die Tierhalter ausreichen können. Diese müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass es sich um keine Tierseuche bzw. um Eigenverschulden der Tierhalter gehandelt hat. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass den Tierhaltern schnell geholfen werden kann und ein existenzielles Risiko für die Tierhalter künftig abgesichert ist.*

*Als positiver Nebeneffekt entsteht so außerdem ein wirksamer wirtschaftlicher Anreiz für die Tierhalter, Krankheitsfälle auch tatsächlich umgehend zu melden. Das Lagebild bei Tierseuchen wird so präziser und die Seuchenbekämpfung wirksamer.*

*Gerade Tierseuchen zeigen uns übrigens, wie wichtig in Zeiten des freien Warenverkehrs in der EU und des Handels mit verschiedensten Regionen der Welt eine EU-weit koordinierte Seuchenprävention und ein Seuchenmonitoring sind. Dabei leisten die Tierseuchenkassen bereits jetzt einen entscheidenden Beitrag.*

- Den Antrag der Linken sehen wir nicht als zustimmungsfähig an und lehnen ihn deshalb ab.*
- (D)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

*Dieses Jahr ist es das Schmallenberg-Virus. In den vergangenen Jahren sorgten die Blauzungenkrankheit oder das Blutschwitzen der Kälber für Aufregung. Erinnert sei auch an die Vogelgrippe oder an die ungeklärte Frage, ob es einen sogenannten chronischen Botulismus gibt oder nicht. Immer schneller sehen sich tierhaltende Betriebe unverschuldet und ungeschützt mit immer neuen Infektionsrisiken konfrontiert.*

*Durch Klimawandel und globale Personen- und Handelsströme steigt das Risiko von neuen Tierseuchen und -erkrankungen, die existenzbedrohend für landwirtschaftliche Betriebe sind. In den Fällen, in denen diese bedrohliche Situation nicht selbst verschuldet oder vermeidbar ist, muss politisch gehandelt werden. Solche Betriebe müssen in diesen Notsituationen unterstützt werden, den Landwirtinnen und Landwirten muss unter die Arme gegriffen werden.*

*Wir Linke bekennen uns zu einer nachhaltigen Tierhaltung, aus zwei Gründen: Erstens sichert die Tierhaltung die meisten landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen. Zweitens erfüllen Nutztiere auch eine ökologische Funktion; sie nutzen Wiesen und Weiden und betätigen sich als ökologische Kulturlandschaftspfleger. Das ist gut so. Wir wollen, dass das so bleibt.*

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) *Aber tierhaltenden Betrieben geht es oft nicht gut. Die Produktionskosten steigen, und die Erzeugerpreise sind nicht kostendeckend. Immer öfter können sich Betriebe die Tierhaltung nur noch leisten, wenn sie gleichzeitig Biogas oder Sonnenstrom produzieren. Zusätzliche Belastungen durch Tierseuchen und unbekannte Erkrankungen sind unter solchen Bedingungen kaum zu verkraften. Darum darf die Politik der existenziellen Bedrohung durch neue Tierseuchen und -erkrankungen nicht tatenlos zusehen. Die Linksfraktion schlägt daher erneut vor, einen Notfonds für solche Ausnahmesituationen einzurichten. Dieser soll ab dem Jahr 2013 mit 10 Millionen Euro jährlich ausgestattet sein. Entsprechend dem Bedarf sollte sein Budget jedes Jahr angepasst werden.*

*Ich möchte betonen, dass es hierbei nicht um ein Rundum-sorglos-Paket für Landwirtschaftsbetriebe geht. Ein solcher Vorwurf wird schnell erhoben. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall. Der Notfonds soll dort ansetzen, wo die bisherigen Sicherungsinstrumente versagen oder noch nicht greifen. Wenn die Betriebe keine Chance haben, bisher unbekannte Infektionsrisiken in der Tierhaltung zu vermeiden, müssen neue Wege der Absicherung unkalkulierbarer Risiken gesucht werden. Aktuell ist es doch so, dass die Betriebe kein Geld bekommen, solange die Ursache einer Bestandserkrankung unbekannt oder nicht amtlich bestätigt ist. Selbst dann werden vor allem die Schäden erstattet, die unmittelbar durch staatlich angeordnete Bekämpfungsmaßnahmen entstehen.*

- (B) *Der Notfonds kann auch die Existenzbedrohung durch Bestandserkrankungen entschärfen, die von einigen dem sogenannten chronischen Botulismus, der wissenschaftlich immer noch höchst umstritten ist, zugeordnet werden. Ich finde, man kann einen jahrelangen wissenschaftlichen Streit nicht auf dem Rücken der Landwirtschaftsbetriebe und ihrer Beschäftigten austragen.*

*Stellt sich nach Ursachenfeststellung und amtlicher Anerkennung heraus, dass zum Beispiel die Tierseuchenkasse zuständig ist, soll dieses Geld übrigens in den Notfonds zurückfließen. Stellt sich heraus, dass die Ursache einer Bestandserkrankung mit den Haltungsbedingungen oder mangelnder Hygiene im Stall zusammenhängt, müssen die Agrarbetriebe das Geld an den Notfonds zurückzahlen.*

*Der Notfonds kann auch dann sinnvoll sein, wenn Hilfe erst verzögert möglich wird, weil leider auch staatliche Hilfen in Tierseuchensituationen als wettbewerbsverzerrend bewertet werden; nur in Ausnahmefällen werden sie von der EU oder der WTO genehmigt. Dieses Jahr war dies beim Schmallenberg-Virus der Fall, das bereits seit November 2011 zu missgebildeten Jungtieren bei Schafen, Ziegen und Rindern führt. Erst durch das Votum des Bundesrates Ende März wurde die Virusinfektion als Tierseuche anerkannt. Bis dahin waren jedoch schon Tausende Tiere gestorben bzw. erkrankt. Die Betriebe blieben zunächst mit ihrem Problem alleine.*

*Das Budget des Notfonds ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft der ländlichen Räume. Darum muss gel-*

- ten: Finanzielle Unterstützung erhält ein Betrieb nur zur Fortführung seiner Tierhaltung. Wer die Tiere abschafft und das Personal entlässt, darf nicht mit Geld aus dem Notfonds rechnen. Unter diesen Voraussetzungen ist er eine sozial gerechtfertigte und gebotene, aber auch volkswirtschaftlich sinnvolle Lösung.* (C)

*Wer die Forderung der Linksfraktion für übertrieben hält, sollte sich nicht nur die Entwicklung der neuen oder zurückkehrenden Tierseuchen in den vergangenen Jahren anschauen, sondern auch einen realistischen Blick in die Zukunft wagen. Niemand kann genau vorhersagen, wie sich das Auftauchen neuer Tierseuchen in den kommenden Jahren weiter entwickeln wird. Allerdings wird seit langem in der Wissenschaft vor den steigenden Infektionsrisiken durch globale Personen- und Handelsströme gewarnt. Auch die Folgen des Klimawandels tragen zu neuen Risiken bei, insbesondere bei vektorübertragenen Infektionskrankheiten. Die Afrikanische Pferdepest – African Horse Sickness, AHS –, die Chikungunya-Infektion, die Afrikanische Schweinepest und das West-Nil-Virus, WNV, haben ähnliche Potenziale zur Gefährdung der europäischen Tierbestände.*

*Darum ist nun die Zeit, zu handeln. Ich fordere die anderen Fraktionen auf, im wirtschaftlichen Interesse der tierhaltenden Betriebe und der dort Beschäftigten unseren Vorschlag sehr gewissenhaft zu prüfen und dem Antrag auf Errichtung des Notfonds zuzustimmen.*

**Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- Neue Seuchen wie das Schmallenberg-Virus führen uns eindringlich vor Augen, wie anfällig unsere Tierhaltungssysteme sind, wie schnell ein auftretender Erreger zu Tausenden toten Tieren oder, wie im Falle des Schmallenberg-Virus, zu extremen Missbildungen führen kann. Während noch im Januar 2012 nur 32 Betriebe vom Schmallenberg-Virus betroffen waren, waren es kaum einen Monat später schon über 700 Betriebe mit missgebildeten oder toten Lämmern und Kälbern. Bis heute sind allein in Deutschland fast 1 500 Betriebe betroffen.* (D)

*Die Furcht vor toten und missgebildeten Tieren hat die Betriebe durch das Frühjahr begleitet, auch meinen eigenen. Hohe Tierverluste können schnell das wirtschaftliche Aus bedeuten, umso mehr, als insbesondere Schäfer, Ziegenhalter und Milchbauern immer am finanziellen Limit wirtschaften. Wir in der Politik müssen uns fragen, wie wir mit Betrieben umgehen wollen, die so unverschuldet in finanzielle Notlagen kommen.*

*Vieles deutet darauf hin, dass wir in Zukunft immer öfter neue Tierkrankheiten und Seuchen erleben werden. Längst ist die Globalisierung auch in der Tierhaltung angekommen. Lebende Tiere werden wie Gegenstände rund um den Globus gekarrt. Mit Lastwagen oder Schiff geht es von Australien nach Saudi-Arabien und von Deutschland bis hinter den Ural. Dadurch drohen uns nicht nur Tierseuchen. Weit gefährlicher sind Zoonosen, also die vom Tier auf den Menschen übertragbaren Erreger wie die Schweinegrippe.*

**Friedrich Ostendorff**

- (A) *Trotzdem ignorieren, Sie, Frau Ministerin Aigner, dass Seuchen, wie das Schmallenberg-Virus oder die Blauzungenkrankheit, eben nicht ohne Grund in den viehdichtesten Gebieten Deutschlands auftreten, zum Beispiel in der Grenzregion zu den Niederlanden. Es ist doch längst hinreichend bekannt, dass mit der Tierdichte auch die Möglichkeiten zur Übertragung von Krankheitserregern steigen. Nehmen Sie das doch bitte endlich zur Kenntnis. Sie wissen doch auch, dass es in Niedersachsen inzwischen ebenso viele Schweine wie Menschen gibt. Im Landkreis Cloppenburg sind es sogar siebenmal so viele Schweine wie Menschen. Auf gerade einmal 157 000 Menschen kommen 1,1 Millionen Schweine. Masthühner, Legehennen, Puten und Rinder sind da noch nicht mal eingerechnet. Erkennen Sie endlich an, Frau Ministerin Aigner, dass die Menschen in diesen Regionen zu Recht um ihre Lebensqualität und Gesundheit fürchten. Diese Tierdichte – riesige Ställe mit mehreren Zehntausenden Schweinen oder einer halben Million Hühnern – bietet Seuchen optimale Ausbreitungsbedingungen.*

*Der Klimawandel verstärkt das Ganze noch. Wissenschaftler gehen davon aus, dass durch steigende Temperaturen nicht nur die Anzahl der Mücken und Gnäten zunimmt, sondern sich auch Viren schneller entwickeln. Nach Expertenmeinung würden Temperaturerhöhungen von 5 Grad zu einer Verdoppelung der Übertragbarkeitsraten führen. Das ist ein wichtiger Grund mehr, die Betriebskreisläufe des An- und Verkaufs von Tieren so geschlossen und regional wie möglich zu halten.*

- (B) *Wenn es denn aber zu Erkrankungen wie dem Schmallenberg-Virus oder auch dem sogenannten chronischen Botulismus kommt, müssen wir uns fragen: Wollen wir Betriebe, die unverschuldet durch neue, bisher unbekannte Erkrankungen in Notlagen geraten, völlig alleinlassen, wie das derzeit der Fall ist? Betriebe, die vom Schmallenberg-Virus betroffen sind, erhalten bisher keinerlei Entschädigung. Der Grund: Damit Betriebe Entschädigungen aus der Tierseuchenkasse erhalten, muss die Krankheit als Tierseuche anerkannt sein und müssen Tiere auf Anordnung der Kreisveterinäre getötet worden sein. Ansonsten gehen die betroffenen Betriebe, die natürlich ebenfalls in die Tierseuchenkasse eingezahlt haben, völlig leer aus.*

*Aus unserer Sicht ist klar: Diese Betriebe dürfen nicht im Stich gelassen werden. Für neue Krankheitsgeschehen brauchen wir neue Entschädigungsmechanismen. Der Antrag der Linken versucht, über einen nationalen Notfonds einen Ansatz zu finden. Doch aus unserer Sicht gehört die Entschädigung und Unterstützung dieser Betriebe in die Zuständigkeit der Tierseuchenkassen. Statt eines Fonds brauchen wir neue Bewertungskriterien, damit diese Krankheiten von den Tierseuchenkassen abgedeckt werden. Aus grüner Sicht muss das Ziel sein, den betroffenen Bauernfamilien unbürokratisch zu helfen. Es ist nun an Ihnen, Frau Ministerin Aigner, zu überprüfen, wie wir dies möglich machen können.*

*Vor allem aber müssen wir versuchen, Seuchenrisiken so niedrig wie möglich zu halten. Industrielle Tierhaltungsanlagen mit Zigtausenden Tieren sind tickende Zeitbomben. Nur durch möglichst geschlossene Betriebskreisläufe können wir die Verbreitung neuer*

*Krankheiten vermeiden. Das geht nur mit bäuerlichen Betrieben, die in der Region verankert sind.* (C)

#### **Vizepräsident Eduard Oswald:**

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9580 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgeschlagen. – Sie sind alle damit einverstanden. Dann haben wir das auch so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Rolf Hempelmann, Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

#### **Keine Hermesbürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3**

– Drucksache 17/9578 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gesine Löttsch, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE sowie der Abgeordneten Ute Koczy, Sylvia Kötting-Uhl, Beate Walter-Rosenheimer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (D)

#### **Keine Bürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3**

– Drucksache 17/9579 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Haushaltsausschuss

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die **Reden** zu diesem Tagesordnungspunkt **zu Protokoll** zu geben. – Sie sind damit einverstanden. Ich verzichte auf die Verlesung der Namen der Kolleginnen und Kollegen. Die Namen liegen bei uns vor.<sup>1)</sup>

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/9578 und 17/9579 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Sie sind alle damit einverstanden. Dann ist die Überweisung auch so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Sportausschusses (5. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Gerster,

<sup>1)</sup> Anlage 5